



## Fragen an die SpitzenkandidatInnen der Nationalratswahl 2017

---

*Für die kommende Regierung gilt es zu zeigen, dass sich Österreich als verantwortungsvolles Mitglied der internationalen Gemeinschaft den globalen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen stellt. Entwicklungspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe sind dabei bedeutende Gestaltungselemente einer aktiven und solidarischen Außenpolitik, denn sie tragen zu sozialer und politischer Stabilität und globaler Gerechtigkeit bei.*

*Als Dachverbände der österreichischen NGOs in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe haben die AG Globale Verantwortung und die KOO den SpitzenkandidatInnen von sechs Parteien einen Fragekatalog zugeschickt, um mehr über deren Standpunkte und Pläne für die kommende Legislaturperiode in diesen Politikfeldern erfahren.*

*Die eingelangten Antworten sind unten im Originaltext zu finden.*

---

### Teil 4 von 5:

#### Klimaschutz:

*Österreich hat sich mit der Ratifizierung des Klimaabkommens von Paris im Juli 2016 dazu verpflichtet eine nationale Strategie mit langfristigen Zielen zum Ausgleich von Treibhausgasemissionen und Emissionssenkten zu entwickeln und Entwicklungsländer beim Klimaschutz und bei der Anpassung an den Klimawandel auch finanziell zu unterstützen.*

- a) Welche Maßnahmen würden Sie im Regierungsprogramm aufnehmen, um alle Bereiche des Pariser Klimaabkommens in Österreich umzusetzen?**

**SPÖ:**

Für uns als SozialdemokratInnen steht es außer Zweifel, dass Österreich seinen wichtigen Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten will und muss. Darum haben wir uns zum Ziel gesetzt, bis 2030 den Ausstoß von Treibhausgas um 36 Prozent und den Energieverbrauch um 24 Prozent zu senken und den Eigendeckungsgrad von 100 Prozent bei Strom aus überwiegend erneuerbaren Quellen anzustreben. Einsparungspotenziale bringen die beiden Bereiche Niedertemperatur Anwendungen (Raumwärme, Warmwasser etc.) sowie Mobilität mit sich. Gerade auf diesen Gebieten hat man durch den Einsatz von technologisch ausgereiften und effizienten Maßnahmen einen technologischen Effizienzsprung geschafft. Das gilt es nun in der Praxis umzusetzen.

**ÖVP:**

Wir bekennen uns klar zur Umsetzung des Pariser Klima-Abkommens und den darin enthaltenen Rahmenbedingungen für die internationale Klimafinanzierung sowie zur Umsetzung der EU-Ziele für die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Wir wollen vor allem den Ausbau heimischer erneuerbarer Energien in Österreich forcieren, z.B. durch weniger Bürokratie bei der Umsetzung von Projekten. Hier gilt es auch, die richtigen Rahmenbedingungen für eine dezentrale Energieversorgung zu schaffen. Auch die Ladeinfrastruktur von E-Autos wollen wir ausbauen und somit die Praktikabilität klimaschonender Mobilität deutlich erhöhen. Schließlich kann der CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Alltag über innovative digitale Lösungen reduziert werden, z.B. indem der Verkehrsfluss mit smarten Ampelregelungen effizienter gesteuert wird. All diese Maßnahmen helfen dem Klima, sind gut für unsere Wirtschaft und eröffnen unserer ausgezeichneten Forschungslandschaft neue Betätigungsfelder.

**FPÖ:**

Fossile Ressourcen sind endlich und Österreich muss daher dringend alle erforderlichen Maßnahmen setzen, um die Abhängigkeit von diesen Ressourcen drastisch zu verringern. Nur Investitionen in die Nutzung heimischer erneuerbarer Ressourcen befreien Österreich von seiner fatalen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern. Der Einsatz heimischer erneuerbarer Energieformen ist zudem der sicherste Weg zur Erreichung von Umweltschutzziele. Durch den Ausbau von Sonnen-, Wasser-, Wind- und Bioenergieanlagen sowie durch die Verwendung umweltfreundlicher Treibstoffe können Ressourcen geschont, die Umwelt geschützt und darüber hinaus ein bedeutender Arbeitsmarkt erschlossen werden. Wir stehen für den Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kohlekraftwerke und lehnen die Nutzung der Kernkraft, die nach dem Pariser Klimavertrag zulässig ist, konsequent ab.

**Die Grünen:**

Die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens bedeutet, dass Österreich und die anderen Industriestaaten bis zur Mitte des Jahrhunderts vollständig aus der Nutzung fossiler Energie aussteigen - nur so ist das Ziel, die Temperaturerwärmung um 1,5 oder 2 Grad Celsius zu begrenzen erreichbar. Österreich hat dabei einen fairen Beitrag zur Finanzierung von Klimaschutz- und Klimawandelanpassung in Entwicklungsländern zu leisten. Die österreichischen Beiträge zur internationalen Klimafinanzierung („long term finance“) und zum Green Climate Fund sind durch ihre Verankerung in einem zwischen den Bundesministerien akkordiertem Budgetpfad auf eine solide und vertrauenswürdige Finanzierungsbasis zu stellen. Zur Erreichung dieses Ziels würden wir Grünen einen Mix aus steuerpolitischen, ordnungsrechtlichen und anreizbezogenen Instrumenten im Regierungsprogramm festschreiben. Vordringlich gehören dazu: - Klima- und Energiestrategie mit Stufenplan zur Dekarbonisierung aller Sektoren bis 2050. - 100% erneuerbarer Strom bereits bis 2030. - Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Etappenzielen und Maßnahmen. - Öko-Soziale Steuerreform inkl. ansteigendem CO<sub>2</sub>-Mindestpreis bei gleichzeitiger Entlastung des Faktors Arbeit. - Abbau aller Subventionen für fossile Energieträger und Reform der Pendlerpauschale. - Verankerung eines Budgetpfads für die Bereitstellung eines fairen Beitrags Österreichs internationale Klimafinanzierung. Die Mittel sind zusätzlich zu bereits bestehenden Transfergeldern aufzubringen.

### NEOS:

Die Bundesregierung hat es bislang verabsäumt, einen Klimaschutzplan vorzulegen, der die Einzelmaßnahmen zur Umsetzung von COP21 aufzeigt. Wir fordern, die ausgezeichnete Position, die Österreich bereits im Bereich der Umwelttechnologien hat zu nützen und stark im Bereich Green Energy zu investieren. Die zu erwartenden Effizienzsteigerungen reduzieren damit nicht nur langfristig Österreichs THG-Emissionen, sondern schaffen auch Arbeitsplätze in den Zukunftsbranchen.

### Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Folgende Maßnahmen sind für die Liste Pilz von zentraler Bedeutung:

- Steuerliche Anreize für die Etablierung einer „circular economy“
- Einführung einer deutlichen CO2 Steuer, die die Externalitäten im Hinblick auf Treibhausgasemissionen sämtlicher Produktionen klar abbildet und ausgleicht. In gleicher Weise müssen CO2 – arme Faktoren wie Arbeit steuerlich entlastet werden um beispielsweise einen Anreiz für Reparaturen zu schaffen im Sinne einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. Auch regionale und nachhaltige Produktionsgüter müssen in dieser Form entlastet werden.
- Verpflichtung zur Reduktion der Treibhausgase um 50% bis 2030 im Verhältnis zu den Vergleichswerten aus dem Jahr 1990,
- Verpflichtung zur Förderung regenerativer Energiequellen, um die Energieversorgung bis 2030 gänzlich aus erneuerbaren Energiequellen sicherzustellen.
- Stopp staatlicher Förderung fossiler Energieträger.
- Verbot neuer Ölheizungen.
- Europäische Einigung für die Einführung einer Mehrwertsteuer auf Flugtickets. Subventionierung europäischer Bahnkarten.
- Erhaltung sämtlicher Moore und Sümpfe

**b) Wie hoch sollte Ihrer Meinung nach Österreichs fairer Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung aus öffentlichen Mitteln sein, um das globale Ziel von 100 Mrd. US-Dollar jährlich als Unterstützung an Entwicklungsländer zu erreichen?**

### SPÖ:

Grundsätzlich ist die Frage zu stellen, ob hier rein mit einer pekuniären Betrachtung von einem fairen Beitrag gesprochen werden kann. Fakt ist, dass Österreich in einem ersten Schritt die eigenen Verpflichtungen zu erfüllen hat, wie sie bereits in der Antwort der vorhergehenden Frage dargestellt wurden. Im Weiteren ist hierbei natürlich auch die Frage zu beleuchten, zu welchen Bedingungen globaler Handel getrieben wird und in welchem Zusammenhang hier der Klimawandel gesehen wird. Daher war es der SPÖ auch wichtig, dass im Regierungsprogramm 2013 verankert wurde, dass Österreich für die Berücksichtigung des Klimaschutzes in internationalen Handelsabkommen eintritt. Leider ist das zuständige Wirtschaftsministerium in diesem Zusammenhang säumig.

Was den Green Climate Fund betrifft, so werden im Rahmen der Erstkapitalisierung des Fonds 25 Mio. USD. zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag soll, so der Plan, im Zeitraum von 2015 bis 2018 gemeinsam mit der Wirtschaft und den Bundesländern auf 50 Mio. erhöht werden. Dies ist jedoch nicht die einzige Schiene der internationalen Klimafinanzierung, an der sich Österreich beteiligt, sondern es sind weitere bilaterale und multilaterale Instrumente im Einsatz.

**ÖVP:**

[keine Angabe]

**FPÖ:**

Die FPÖ lehnt einen globalen Emissionsrechtehandel, die Finanzierung sogenannter Umweltförderung im Ausland sowie Beiträge zur internationalen Klimafinanzierung ab, weil sie eine faktische Umverteilung erheblicher Geldmittel und eine (versteckte) Auslandshilfe ohne entsprechende Kontrollmöglichkeiten darstellen. Im Zusammenhang mit dem Klimavertrag von Paris ist nicht nachvollziehbar, dass Entwicklungsländer trotz finanzieller Hilfe länger Treibhausgase emittieren dürfen, als Industriestaaten.

**Die Grünen:**

Im Pariser Klimavertrag ist fest gehalten, dass die Industrienationen ihre Anstrengungen in der internationalen Klimafinanzierung und die schon in Kopenhagen zugesagten Mittel von 100 Mrd. Dollar im Jahr noch erhöhen müssen. Gemessen an den aktuellen Finanzierungszusagen vergleichbarer Länder läge ein angemessener Anteil Österreichs an der internationalen Klimafinanzierung bei 200 Millionen Dollar pro Jahr ab 2020. Bis 2020 müssen die Mittel sukzessive anwachsen. Hierzu ist ein zwischen den betroffenen Bundesministerien akkordierter Budgetpfad „internationale Klimafinanzierung“ für die Jahre 2018 bis 2025 zu erstellen.

**NEOS:**

Wir haben bereits 2015 gefordert, dass sich Österreichs Beitrag an der Höhe des Beitrags der Schweiz (damals 100 Mio. \$) orientieren sollte.

**Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):**

Wenn wir uns an Deutschland orientieren, so sollte die Höhe unseres Beitrages € 700 Millionen betragen. Das halte ich für einen angemessenen Beitrag. Besonders wichtig ist die Finanzierung von Präventionsmaßnahmen in Entwicklungsländern.